

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	26 (1999)
Heft:	2
Artikel:	Wahlkampfthemen. Teil IV, Die Asylpolitik : Falken und Tauben halten sich die Waage
Autor:	Tschanz, Pierre-André
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-909800

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

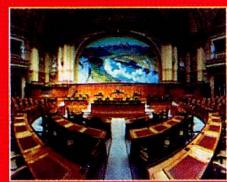
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Falken und Tauben halten

Die Schweizer sind sich uneins über Fragen rund um die Asylpolitik – ein Thema, das die Bevölkerung stark beschäftigt. Seit 25 Jahren gehen die Meinungen darüber auseinander.

Wir befinden uns in einer politischen Pattsituation», erklärt der Aargauer SVP-Nationalrat Ernst Hasler. Die Rechte sieht die Lösung der Asylproblematik in einem härteren Durchgreifen, in vereinfachten und

Pierre-André Tschanz

beschleunigten Verfahren, im Abbau der Unterstützungsleistungen für Asylbewerber sowie in einer Verstärkung der Grenzwache. Im Gegensatz dazu fordern die Parteien der Mitte und des linken Spektrums einen Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, eine bessere Integration der Flüchtlinge, eine Ausweitung der Asylgründe und mehr Mitmenschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen.

Die Anhänger eines energischen Vorgehens

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) gehört zu jenen politischen Kreisen der Rechten, die nach härteren Massnahmen rufen. Die Schweiz sei zu attraktiv, ihre Asylpolitik zu schwächlich und die

«Unser liberales Asylgesetz hat Schiffbruch erlitten.»

RUDOLF KELLER, SD

Bedingungen für Asylbewerber zu komfortabel, lautet der Tenor. Kurzfristig setzt die SVP den Akzent auf Hilfsmassnahmen bei der Rückkehr, auf den Kampf gegen die Schlepper und eine verstärkte Bewachung der Grenzen (unter Bezug des Militärs). Längerfristig fordert die SVP – eine entsprechende

Volksinitiative ist in Vorbereitung – die Zuteilung der Asylsuchenden an das erste sichere Zufluchtsland, Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die illegal Passagiere in die Schweiz einreisen lassen, und einen Abbau der Unterstützungsleistungen für Flüchtlinge.

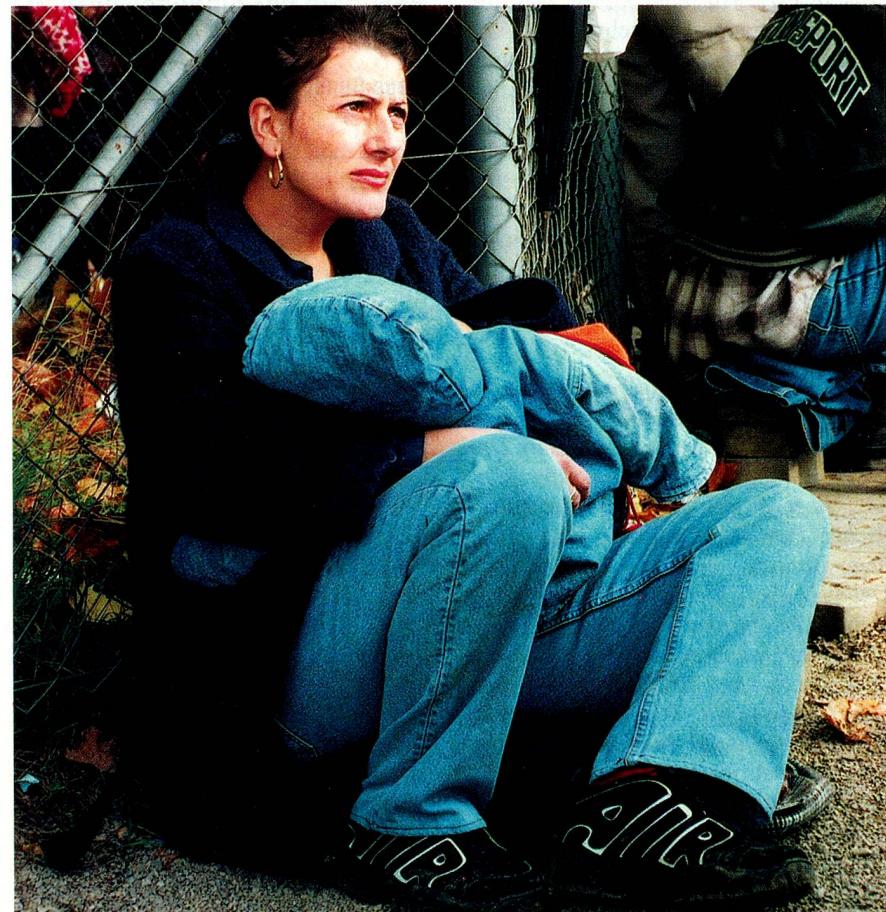
Diese Politik wird von den Schweizer Demokraten geteilt, die jede Massnahme zur Verschärfung der gegenwärtigen Gesetzgebung unterstützen. «Unser liberales Asylgesetz hat Schiffbruch erlitten», erklärt der Präsident der Schweizer Demokraten, Nationalrat Rudolf Keller (BL). Seine Partei befürwortet eine schnellere Wegweisung von Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde: Wer sich illegal in der Schweiz aufhält, soll auf der Stelle ausgeschafft werden.

Die Freiheitspartei fordert nichts weniger als die Schliessung der Grenzen

für sämtliche Asylsuchende, bis die hängigen Gesuche erledigt sind. Sie spricht sich für die Wegweisung aller Personen aus, die nicht den Flüchtlingsstatus erhalten. Illegal in die Schweiz Eingereiste sollten in Militärlagern interniert werden, erklärt der Berner Nationalrat Jürg Scherrer und fügt hinzu: «In der Asylfrage muss jetzt endlich aufgeräumt werden.»

Sonderstellung der Liberalen

«Wir müssen aus alten Denkmodellen ausbrechen», sagt der liberale Basler Nationalrat Christoph Eymann. Seine Partei setzt auf Migrationsverhütung. Eymann befürwortet eine eigentliche Flüchtlings-Aussenpolitik in Form eines verstärkten Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit und von Tarifmassnahmen, welche die Länder



Eine Kosovo-Albanerin wartet sorgenvoll an der Empfangsstelle für Flüchtlinge in Kreuzlingen. (Foto: Keystone)

sich die Waage

des Südens begünstigen. Wünschbar wäre aus seiner Sicht die Möglichkeit für die Schweizer Armee, ausserhalb der Grenzen tätig zu werden (beispielsweise mit der Betreuung von Kosovo-Flüchtlingen in einem Lager auf Malta).

«Wir müssen aus alten Denkmodellen ausbrechen.»

CHRISTOPH EYmann, LPS

CVP und FDP zwischen Falken und Tauben

Die Freisinnigen sind im Zwiespalt zwischen der Aufrechterhaltung der humanitären Tradition der Schweiz und der Eindämmung der Kosten. Die Schweiz sei zu attraktiv, erklärt der Walliser Nationalrat Bernard Comby. Seiner Meinung nach müssen die Leistungen für Asylbewerber reduziert werden. Weiter fordert die FDP restriktivere Massnahmen an der Grenze und die Beschleunigung sowie Vereinfachung der Verfahren. Weitere Prioritäten der Freisinnigen sind die Hilfe bei der Rückkehr, die Bekämpfung der Kriminalität, die gegenseitige Abstimmung zwischen Migrations-, Aussen-, Ausserwirtschafts- und Entwicklungspolitik sowie eine effizientere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

«Grosszügigkeit, gleichzeitig aber Klarblick und Vorsicht»: Mit diesen Stichworten fasst die Freiburger Nationalrätin Rose-Marie Ducrot die Politik der Christlichdemokraten zusammen. Auch die CVP möchte die humanitäre Tradition der Schweiz aufrechterhalten. Verfolgte, Opfer von Gewalt, Krieg oder Bürgerkriegen sollten ohne Vorbehalt aufgenommen werden. Sie ist jedoch gegen eine Verschmelzung von Asyl- und Migrationspolitik, welche die Festlegung von Zulassungsquoten für Ausländerinnen und Ausländer gestatten würde. Die Partei engagiert sich für eine Intensivierung der Hilfe vor Ort, die Bekämpfung von Missbräuchen, die Integration der anerkannten Flüchtlinge sowie eine internationale Koordinierung der Flüchtlingspolitik.

Der Ruf nach Grosszügigkeit

Beim linken Parteispektrum stoßen abschreckende Massnahmen, beispielsweise gegen Asylbewerber ohne Ausweispapiere, auf rigorose Ablehnung. «Ein ständiges Anziehen der Schraube bei der Asylpolitik ist kein adäquater Weg zur Lösung der Probleme», betont die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Hubmann. Ihre Hauptanliegen sind die Aufrechterhaltung der humanitären Tradition und die Respektierung der menschlichen Würde. Politisch Verfolgte sowie von Gewalt, Krieg oder Bürgerkrieg Bedrohte müssen Asylrecht erhalten, und die Schweiz sollte auch frauenspezifische Fluchtmotive (z. B. Beschneidung) als Asylgrund anerkennen. Die Sozialdemokraten erhoffen sich eine internationale Harmonisierung der Asylpolitik, die auf eine bessere Verteilung der Flüchtlinge und der Lasten abzielt. Sie fordern auch verstärkte internationale Anstrengungen zur Bekämpfung der Ursachen der Mi-

«Man darf die Situation der Flüchtlinge nicht verschlimmern.»

CÉCILE BÜHLMANN, DIE GRÜNEN

gration sowie eine aktive Politik zur Förderung der Menschenrechte.

Auch von seiten der Grünen werden Gesetzesverschärfungen abgelehnt. Die Probleme lassen sich ihrer Ansicht nach nicht durch strengere Gesetze lösen: «Man darf die Situation der Flüchtlinge nicht verschlimmern», erklärt die Luzerner Nationalrätin Cécile Bühlmann. Sie spricht sich für eine neue Migrationspolitik aus, welche den Akzent auf die Integration arbeitsfähiger Personen legen soll. Die Integrationskriterien sollten bei der Erteilung von Bewilligungen eine Rolle spielen. Cécile Bühlmann nennt drei Prioritäten: höchstens drei Monate Arbeitsverbot, schnelle

«Die Untätigkeit der Flüchtlinge produziert Fremdenhass.»

CHRISTIANE JAQUET-BERGER, PdA

Parteien im Steckbrief (IV)

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Sitze im Nationalrat: 31; im Ständerat: 7
Präsident: Ueli Maurer (ZH)
Adresse: Postfach, Brückfeldstrasse 18, CH-3000 Bern 26
Tel. +41 31 302 58 58
Fax +41 31 301 75 85
Internet: www.svp.ch
E-Mail: gs@svp.ch

Die SVP über sich:

«Ein solider Mittelstand trägt als fester Hauptpfeiler Bestand und Wohlergehen unseres Landes. Die SVP vertritt diesen Mittelstand, der heute von allen Seiten belastet wird. Dies macht die Partei auch für Auslandschweizer attraktiv.»

Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)

Sitze im Nationalrat: 34; im Ständerat: 15
Präsident: Adalbert Durrer (OW)
Adresse: Postfach 5835, Klaraweg 6, CH-3001 Bern
Tel. +41 31 352 23 64
Fax +41 31 352 24 30
Internet: www.cvp.ch
E-Mail: info@cvp.ch

Die CVP über sich:

«Die CVP setzt sich als Regierungs- und Volkspartei für Lösungen ein, die auch die Interessen der Minderheiten berücksichtigen. Die CVP nimmt deshalb auch die Anliegen der Fünften Schweiz ernst.»

Verfahren und möglichst rasche Integration der Flüchtlinge und ihrer Familien.

Die Nationalrätin Christiane Jaquet-Berger von der am linken Rand angesiedelten Partei der Arbeit schliesslich unterstreicht nachdrücklich die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei den Migrationsphänomenen und wünscht sich diesbezüglich von der Schweiz vermehrte Anstrengungen. «Es wurden zwei Milliarden weniger ausgegeben als versprochen», hält sie fest. Auch in den Bereichen Konfliktentschärfung und Gute Dienste sollte die Schweiz ihrer Ansicht nach mehr leisten. Sie fordert mehr gesunden Menschenverstand und Einfühlungsvermögen bei der Beurteilung von Asylgesuchen. «Die Untätigkeit der Flüchtlinge produziert Fremdenhass», erklärt Jaquet-Berger und tritt deshalb für eine Arbeitserlaubnis für Asylbewerber ein.